

## **N i e d e r s c h r i f t** der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 05.06.2007

**öffentlich**

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	Die	
	Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die	
	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	Vertreter für Herrn Dr. Andreas Schmidt
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Helga Koehn	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Herr Gert Hildebrand	Verw	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Katharina Rommel	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

### **Es fehlten:**

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Erhard Preuk	Die	
	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	Vertreter: Herr Dr. Eigenfeld
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	

Frau Dr. Regine Stark

BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN

Herr Wolfgang Pannicke

SKE

Frau Monika Engelhardt

SKE

Frau Julia Faltus

SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 03.04.2007 und 26.04.2007
4. Vorlagen
  - 4.1. Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kriterienkatalog -  
Vorlage: IV/2007/06304
  - 4.2. Informationsvorlage: Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen  
Vorlage: IV/2007/06389
  - 4.3. Prioritätenliste Schulbauförderung 2007 -2013  
Vorlage: IV/2007/06391
5. Anträge
  - 5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen  
Vorlage: IV/2007/06280
  - 5.2. Antrag CDU Fraktion Einzelplan 2 Schulen
6. Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen
  - 8.1. Information zum Stand des Umzuges des "Produktiven Lernens" aus Radewell und zum geplanten Gebäudewechsel der Grundschule Radewell sowie zum Stand der laufenden Sanierungsmaßnahmen in der Grundschule Radewell
  - 8.2. Information zum Stand - Aufnahme an weiterführenden Schulen -

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Dr. Bergner** eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste  
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Herr Hildebrand beantragt folgende Änderung:

- Streichung des TOP 4.3
- Aufnahme eines TOP 5.2 Stellungnahme der Verwaltung zum Beschluss des Stadtrates vom 28.03.2007 – Vorlage Einzelplan 2 Schulen

**Abstimmungsergebnis:**

Beschluss zur Tagesordnung in geänderter Form

Einstimmig zugestimmt

**zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 03.04.2007 und 26.04.2007**

---

Frau Rommel bittet um Korrektur ihrer Anwesenheit im Protokoll vom 03.04.2007.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschluss zu der Niederschrift vom 03.04.2007 mit beantragter Änderung

Einstimmig zugestimmt

Beschluss zu der Niederschrift vom 26.04.2007

Einstimmig zugestimmt

**zu 4 Vorlagen**

---

#### **zu 4.1 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kriterienkatalog - Vorlage: IV/2007/06304**

---

Herr Rochau verweist auf den Stadtratsbeschluss vom 25.05.2005 der den schrittweisen Umbau fordert.

Damit soll stadintern einheitliches Vorgehen/Bewertung gesichert werden.

Hat strategische Bedeutung, bei der Zielstellung Bildungs- und familienfördernde Stadt. Hinweis auf die Abstimmung im Jugendhilfeausschuss (mehrheitlich zugestimmt)

Herr Bauersfeld sieht die Anwendung des Kataloges nicht gegeben.

Kriterien sind Phrasen, nicht umsetzbar.

Einige der Kriterien sind generelle Aufgaben die die Verwaltung umzusetzen hat.

Frau Dr. Bergner kritisiert in Anlage 2 F, dass nur der Stadtelternbeirat benannt ist, zuständig für Kita's. Der Stadtelternrat, als zuständiges Gremium für die Schulen, aber fehlt.

Frau Rommel schließt sich der Meinung von Herrn Bauersfeld an.

Alle Kriterien können mit Ja oder Nein beantwortet werden. Was geschieht, wenn alle mit Nein beantwortet werden?

Herr Rochau sieht einen Widerspruch in der Diskussion. Die Kinderfreundlichkeitsprüfung und die Erweiterung zur Familienverträglichkeit gehen auf den Stadtratsbeschluss zu den Leitziele der Stadt Halle in der Kinder- und Jugendpolitik zurück.

Sie sind für die Verwaltung als Handlungsgrundlage bestimmt, für das Alltagshandeln der Verwaltung, aber auch für das Handeln des Stadtrates.

Die Umsetzung ist nicht kurzfristig zu sehen, sondern eine länger dauernder Prozess.

Herr Dr. Marquardt unterstreicht nochmals, dass der Adressat in erster Linie die Verwaltung selbst ist.

Die Praxis zeigt, dass die Erfüllung der Kriterien noch nicht allgegenwärtig ist.

Er sieht Nachbesserungsbedarf bei einigen Formulierungen.

Frau Rommel sieht die Tendenz mehr bei einem Kriterienkatalog und würde es besser finden, wenn die Kriterien beschrieben wären, z.B. Was ist altersgerecht?

Herr Rochau verweist nochmals darauf, dass die Überleitung in die Familienverträglichkeit am Anfang steht.

Für Herrn Bauersfeld sind Kriterien etwas anderes. Er verweist auf den Punkt 9 und fragt was sind Widerstände.

Herr Dr. Marquardt stimmt in diesem Punkt Herrn Bauersfeld zu und bitte um eine Korrektur der Formulierung.

Herr Eigenfeld hat Diskussion schon im Planungsausschuss mitgeführt. Auch dort wurden Bedenken gegen Formulierungen geäußert aber der Vorlage wurde mit einer Änderung ebenfalls mehrheitlich zugestimmt. Er gibt zu bedenken, dass die Kriterien Maßnahmebezogen betrachtet werden müssen und oft nicht im Vorfeld ermittelbar sind.

Herr Lange sieht die Messbarkeit der Kriterien im Mittelpunkt.

Kann Grundlage zur Einschätzung einer Vorlage sein, z.B. Straßenbau – nicht HAVAG oder Autoverkehr im Mittelpunkt der Bewertung der Vorlage sondern die Familienverträglichkeit.

Sieht Vorlage als Verpflichtung für die Verwaltung. Gleichzeitig Kontrollmechanismus für den Stadtrat.

Frau Wolff schließt sich ebenfalls der Position von Herrn Bauersfeld an und stellt auch einige Maßnahmen in Frage.

Frau Dr. Bergner verweist auf die Beschlusslage des Planungsausschusses. Sie verliert die dort beschlossene Änderung und schlägt vor, dass der Bildungsausschuss diese Änderung übernehmen sollte.

### **Abstimmungsergebnis:**

Abstimmung zur Übernahme der Änderung durch den Bildungsausschuss:

Beschluss:	Zustimmung:	6 x
	Ablehnung:	1 x
	Enthaltung:	0 x

Abstimmung zur Vorlage in modifizierter Form (mit der Änderung des Planungsausschusses)

Beschluss:	Zustimmung:	6 x
	Ablehnung:	1 x
	Enthaltung:	0 x

### **Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt *die Grundsätze einer familienfreundlichen Stadtentwicklung (Anlage 1)* als Leitfaden der Familienverträglichkeitsprüfung der Stadtverwaltung Halle (Saale).
2. Der Stadtrat nimmt den Prüffragen- und Maßnahmenkatalog (*Anlage 2*) für die einzelnen Bereiche des Verwaltungshandelns zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, die städtischen Unternehmen und die Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt in die Familienverträglichkeitsprüfung einzubinden.

## **zu 4.2 Informationsvorlage: Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen Vorlage: IV/2007/06389**

---

Frau Günther verweist auf den, den Stadträten vorliegenden Jahresbericht.  
Keine Ausführungen zum Bericht, kann nachgelesen werden. ggf Fragen zum Bericht.  
Ein Hauptschwerpunkt den sie sieht , sind die Lehrer.  
Lehrer brauchen Hilfestellungen auf diesem Gebiet. Dabei soll kein Aktionismus erzeugt werden, sondern zielgerichtet an Probleme herangeführt werden.  
Ein Problem was sie sieht und eine Vielzahl von Lehrern beschäftigt, das Rauchverbot.

Wie ist ein Rauchverbot an einer Schule umsetzbar?  
Wie verhalte ich mich als Lehrer selbst?

Herr Dr. Fikentscher fragt nach, wer Lehrer daran hindert, sich zu informieren.

Herr Bauersfeld fragt wie die Zusammenarbeit mit Schulen generell ist.

Frau Günther antwortet, dass aus ihrer Sicht eine Einschätzung schwer ist. Sie sieht aber, dass zu viele Aufgaben auf die Lehrer einströmen. Ein Personalkarussell trägt zu weiteren Verunsicherungen bei, auf die auch der Schulleiter kaum Einfluss hat. Vielfältige Rechtskenntnisse sind erforderlich auch wenn das Schulgesetz zur Drogenberatung verpflichtet.

Herr Bauersfeld fragt , ob Frau Günther Änderungsmöglichkeiten sieht.

Frau Günther ist er Auffassung, dass noch mehr Schulen in die Zusammenarbeit einbezogen werden müssten.

Alle Schule wurden angeschrieben um sich an Projekten zu beteiligen. Nur 6 Schulen haben geantwortet.

Frau Wolff fragt nach ob auch Schulen in anderen Trägerschaften angeschrieben wurden. Sie verweist darauf, dass das Elisabeth-Gymnasium aktiv auf dieser Strecke arbeitet.

Frau Günther bestätigt die Arbeit des Elisabeth-Gymnasiums.

Herr Dr. Marquardt gibt zu bedenken, dass das Einstiegsalter für Drogen in Halle niedriger ist als im Bundesdurchschnitt.

Frau Günther bestätigt dies, ergänzt, dass sich das Einstiegsalter aber nach oben verschiebt. Während des Land Sachsen-Anhalt Probleme mit sehr geringem Einstiegsalter hat, gibt es in Halle diese Probleme nicht.

Frau Dr. Bergner bitte um Abstimmung über die Kenntnisnahme des Jahresberichtes.

Beschluss:	Zustimmung:	7 x
	Ablehnung:	0 x
	Enthaltung:	0 x

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Jahresbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen**

**zu 4.3     **Prioritätenliste Schulbauförderung 2007 -2013****  
****Vorlage: IV/2007/06391****

---

### **Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

## zu 5      **Anträge**

---

### zu 5.1      **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen** **Vorlage: IV/2007/06280**

---

Herr Hildebrand schlägt seitens der Verwaltung vor, dass bis September durch die Verwaltung dem Bildungsausschuss eine Verfahrensregelung zur Namensgebung für Schulen vorgelegt wird, die die rechtlichen Bestimmungen des Schulgesetzes berücksichtigt, gleichzeitig aber auch das Interesse der Stadt an der Vergabe von Namen hallischer Persönlichkeiten berücksichtigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Bildungsausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

#### **Beschlussvorschlag: (in modifizierter Form)**

Die Stadtverwaltung wird gebeten:

1. zu prüfen, ob die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen mit Namen verdienstvoller Persönlichkeiten dem aktuellen Stand der historischen Forschung standhält.
2. eine Prioritätenliste zu erarbeiten mit Namen verdienstvoller Persönlichkeiten, die für die Benennung von Schulen, Kindergärten und Horten geeignet sind, ähnlich der Prioritätenliste für die Vergabe von Straßennamen.

*Dem Antrag wird zugestimmt, mit der Maßgabe, dass durch die Verwaltung ein Beschluss für den Bildungsausschuss vorbereitet wird, der das Prozedere der Namensgebung festlegt.*

### zu 5.2      **Antrag CDU Fraktion Einzelplan 2 Schulen**

---

Herr Hildebrand erläutert die Tischvorlage zur Anfrage von Herrn Bauersfeld

Herr Bauersfeld nimmt die aufgeführten Rechtsgründe zur Kenntnis ist aber der Auffassung, dass der Stadtrat darüber hinaus Einzeldaten zum Haushalt abfordern kann.

Er verweist darauf, dass es für eine Reihe von Einrichtungen (BbS, Gesamtschule) machbar ist.

Er kann nicht verstehen warum dies für andere nicht geht, die dargelegten Gründe können nicht akzeptiert werden.

Der Stadtratsbeschluss, für ihn verbindlich, wird nicht umgesetzt.

Herr Hildebrand erklärt, dass die Forderungen machbar sind, aber mit zusätzlichen Arbeiten verbunden sind, da auch die eingesetzte Software nur auf die rechtlich geforderten Daten abstellt.

Er verweist weiterhin darauf, dass auch das Personalbudget auf der Grundlage der Pflichtaufgaben aufgestellt ist und keine zusätzlichen Forderungen berücksichtigt, zudem besteht im Bereich Haushalt derzeit Personaldefizit (u.a. 2 Stellen Kosten-Leistungs-Rechner)

Frau Wolff verweist auf Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes, wo doch auch jede einzelne Position geprüft wird.

Herr Hildebrand antwortet, dass das Rechnungsprüfungsamt die Einzelrechnungen selbst prüft und keine Aufstellung abfordert.

Der Fachbereich hat dazu nicht die Kapazitäten. Wenn die Aufstellung gefordert wird, müssen andere Aufgaben liegen bleiben.

## **zu 6      Anfragen**

---

==

## **zu 7      Anregungen**

---

Frau Wolff bittet den Brief des Staatssekretärs im Kultusministerium zu den Sportschulen in der Stadt Halle als Anlage an das Protokoll beizufügen.

Frau Dr. Bergner fragt nach Aktivitäten bezüglich neuer privater Sekundarschulen in der Stadt Halle

Herr Hildebrand antwortet, dass zur Zeit mehrere Aktivitäten laufen durch

- die Edith-Stein Stiftung
- die Initiative Gemeinschaftsschule für (H)Alle
- das Berufs- und Beratungsinstitut (BBI) Halle

Die Position, dass mit der Gründung von freien/privaten Sekundarschulen weitere kommunale Sekundarschulen in ihrem Bestand gefährdet sein werden und ggf. zu schließen sind, wurde auch der OB dargelegt.

Das Interesse der genannten Institutionen richtet sich uns gegenüber insbesondere auf die Nutzung freier oder frei werdender Schulobjekte.

## **zu 8      Mitteilungen**

---

### **zu 8.1      Information zum Stand des Umzuges des "Produktiven Lernens" aus Radewell und zum geplanten Gebäudewechsel der Grundschule Radewell sowie zum Stand der laufenden Sanierungsmaßnahmen in der Grundschule Radewell**

---

Herr Hildebrand:

Das Produktive Lernen der Sekundarschule Zeitzer Straße verbleibt im Schuljahr 2007/08 am Standort Regensburger Straße.

Mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2008/09 wird durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeitet, in der der Umzug des Bereiches Produktives Lernen in den Hauptstandort der Sekundarschule vorgeschlagen werden wird. (siehe Anlagen)

Herr Bauersfeld fragt nach dem Zeitplan der Umzüge für die PPP-Schulen

Herr Hildebrand: Wird als Anlage an das Protokoll beigefügt.

Herr Lange fragt an, ob es Probleme mit den Umzügen gibt.

Herr Hildebrand antwortet nein.

Herr Bauersfeld fragt nach dem Umzug Cantor-Gymnasium und der späteren Fertigstellung des Schulhofes..

Herr Hildebrand antwortet, dass die erforderlichen Festlegungen wie Fluchtwege, Pausenhof etc. einvernehmlich festgelegt wurden.

Auch die Winterzeit wurde dabei berücksichtigt. Fördermittel müssen noch nachbeantragt werden.

## **zu 8.2 Information zum Stand - Aufnahme an weiterführenden Schulen -**

---

Herr Hildebrand informiert über eine Beratung des MK mit dem LSB und dem Fachbereich 40 zur Problematik Sportsekundarschule.

Danach wurde der ursprüngliche Bescheid des LVwA zurückgezogen.

Die Klassenstufe 5 wurde für das Sportgymnasium genehmigt. Die Fusion ausgesetzt bis zum Schuljahr 2008/09.

Für die Sekundarschulen Fliederweg und Schiller wurde eine Mindestschülerzahl von 30 Schülerinnen und Schüler zu Beginn des Schuljahres 2007/08 gefordert. Bei Unterschreitung an einer der Sekundarschulen ist die Klassenstufe 5 am Standort Schiller zusammenzuführen.

(vgl. Anlage – Bescheid LVwA)

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Jürgen Zschocke  
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner  
Ausschussvorsitzende